## Mediendienst

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

Bundesvorstand – Pressestelle Olof-Palme-Str. 19 60439 Frankfurt am Main

Verantwortlich Jörg Herpich

Telefon 069-95 737 135 Fax 069-95 737 138

presse@igbau.de www.igbau.de

10.06.2010 - PM 41/2010

IG BAU kritisiert Milliarden-Kürzung bei CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung

## Umweltpolitischer Offenbarungseid – Tausende von Jobs im Handwerk bedroht

Frankfurt am Main - Auch der Klimaschutz fällt offenbar den Sparplänen der Bundesregierung zum Opfer. Nach Informationen der IG Bauen-Agrar-Umwelt plant die schwarz-gelbe Regierungskoalition, die Bundeszuschüsse für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm der KfW drastisch zusammenzustreichen. Demnach sei auf der Sparklausur vereinbart worden, für das kommende Jahr lediglich nur noch rund 400 Millionen Euro an Bundesmitteln für das ökologische Sanierungsprogramm bereitzustellen – und damit knapp eine Milliarde Euro weniger als noch in diesem Jahr. "Wer die CO2-Gebäudesanierung um mehr als zwei Drittel kappt, der leistet den umweltpolitischen Offenbarungseid. Gleichzeitig ist dies ein Bugschuss für die Beschäftigung im Handwerk und für den Mittelstand insgesamt", sagt Klaus Wiesehügel. Der Bundesvorsitzende der Umwelt-Gewerkschaft IG BAU forderte die Bundesregierung auf, diesen Sparplan unverzüglich auf Eis zu legen.

Bereits im Vorfeld der Sparklausur der Bundesregierung hatte sich Wiesehügel in einem gemeinsamen Brief mit dem BUND an die Bundeskanzlerin gewandt. Darin hatte der IG-BAU-Chef vor den ökologischen und wirtschaftlichen Folgen einer Kürzung bei der CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung gewarnt. "Drei von vier Wohnungen in Deutschland sind energetisch sanierungsbedürftig. Das sind rund 29 Millionen Wohnungen bundesweit. Dazu kommen noch einmal 150.000 Schulen und Kindergärten, die umweltgerecht saniert werden müssen", so Klaus Wiesehügel.

Wer dieses Potenzial nicht erkenne, der verabschiede sich vom Klimaschutz und riskiere Tausende von Jobs – insbesondere im Handwerk. Die Bundesregierung setze hier die falsche Priorität. "Ein Förder-Euro zieht ein Vielfaches an privater Investition nach sich", so Wiesehügel. Notwendig sei in dieser wirtschaftlichen Situation eher die Aufstockung der Bundeszuschüsse für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm der KfW statt deren Kürzung.

(1862 Zeichen)

